

STOPPT DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT!

Schwarz-Gelb auf dem Prüfstand

Ursula Engelen-Kefer

© 2011 vorwärts buch GmbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin. www.vorwaerts-buch.de; Gestaltung: Dirk Bleicker; Satz: Projektdesign Birgit Meyer; Druck: Bosch-Druck GmbH; Autorenfoto: Dirk Bleicker. Jede Form der Wiedergabe oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, erfordert die schriftliche Zustimmung des Verlages.

ISBN 978-3-86602-161-7

5	Einleitung: Politik der sozialen Spaltung stoppen
18	Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft die Spaltung
18	Beschränkung der fiskalischen Handlungsspielräume
24	Merkels „EU-Wirtschaftsregierung“
32	Fairness auf dem Arbeitsmarkt herstellen
32	Plus-Noten für Deutschland
33	Sparpaket wird auf dem Arbeitsmarkt zum Bumerang
40	Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente als Kürzungsprogramm
44	Wem gehört der Aufschwung?
49	Mindestlöhne statt Niedriglöhne
55	Exkurs: SPD-Programm „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“
57	Schutzschirm für Leiharbeit
61	Organisation der Job Center – eine unendliche Geschichte
67	Neuregelung der Grundsicherung – ein Armutszeugnis für Schwarz-Gelb
82	Generation Hoffnung
84	Bürgerarbeit – wem nützt sie?
89	Fachkräftemangel – Fakt oder Ablenkungsmanöver?
93	Tarifautonomie und Tarifeinheit
97	Die Menschenwürde im Alter ist bedrängt
97	Rente mit 67 – schwarz-gelber Durchmarsch
101	Rentenbericht auf Sand gebaut
104	Aufregung um Riesterrente
110	Exkurs: Rentenzugangsalter – Herausforderung für die EU
112	Die Gesundheit ist angegriffen
112	Gesundheitsreform – Weg in die Privatisierung

- 121 Mehr Solidarität durch Bürgerversicherung
123 Gesundheitspolitik im Betrieb
- 129 Die Frauen haben wenig Chancen**
129 Chancengleichheit in weiter Ferne
- 138 Schlussfolgerungen: Für wie dumm sollen
die Bürger noch verkauft werden?**

Einleitung: Politik der sozialen Spaltung stoppen

Politik ist die Kunst, für viele möglichst wenig und für wenige möglichst viel zu tun.

Karlheinz Deschner

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Koalition von CDU/CSU und FDP geht auf die erste Hälfte ihrer Amtszeit zu. Grund genug, eine wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz zu ziehen, zumal im Mammutwahljahr 2011 mit allein sieben Wahlen auf Landesebene auch die Sozialpolitik der Koalition im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise und leeren öffentlichen Kassen auf dem Prüfstand steht.

Das häufig wiederholte Bekenntnis zu einer solidarischen Gesellschaft in der Koalitionsvereinbarung der schwarz-gelben „Wunsch-Koalition“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem vielversprechenden Titel „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ hat immer weniger Glaubwürdigkeit bei den Bürgern und Wählern. Sie müssen zusehen und selbst bitter erfahren, wie die Spaltung der Gesellschaft auf vielen Ebenen dramatisch vorangetrieben wird. Exponenten dieser Strategie – so zeigt auch dieser Zwischenbericht – sind Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sowie die FDP-Spitzenpolitiker Bundesaußenminister Guido Westerwelle, Ex- Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler sowie sein Nachfolger Daniel Bahr.

Die soziale Kluft zwischen „unten“ und oben“ in der Gesellschaft der Bundesrepublik wird immer größer, obgleich sich Wirtschaft und Beschäftigung nach der schwersten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren in Deutschland schneller als erwartet erholen konnten. Nach

dem größten Rezessionseinbruch in der Nachkriegszeit – mit einer Wachstumsschrumpfung um 5 Prozent im Jahr 2009 – machte die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands im Jahr 2010 preisbereinigt mit 3,6 Prozent den historisch einmaligen Wachstumsrückschlag nahezu wieder wett.

Ohne in der Koalition ausreichend abgestimmte Konzepte eilt die Bundeskanzlerin von einer wirtschafts- und sozialpolitischen Baustelle zur anderen. Ungelöst ist die eskalierende Finanzkrise in der Europäischen Währungsunion mit unabsehbaren finanziellen Belastungen für die deutschen Steuerzahler. Das wird an den dramatischen finanziellen Rettungsaktionen der hochverschuldeten Euroländer – nach Griechenland auch Irland und Portugal – deutlich. Der vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Termin für die Reform der Regelsätze in Hartz IV Anfang 2011 wurde um Monate überschritten. In der Steuerpolitik geht der Streit in der Koalition um Entlastungen weiter. Die Hotelkonzerne wurden bereits mit der willkürlichen Ermäßigung der Umsatzsteuer für ihre Wahlhilfe bedient. Gleichzeitig steigen die Defizite in den Kommunen dramatisch an. Wesentliche öffentliche Infrastrukturaufgaben können nicht mehr in Angriff genommen werden. Die Bürger werden mit steigenden Gebühren für die lebenswichtigen öffentlichen Güter belastet. Daran ändern auch die unerwartet hohen Steuereinnahmen (bis 2014: 135 Milliarden Euro) wenig, da sie bereits längst von der Bundesregierung zum Stopfen von Haushaltslöchern verplant sind. In der Gesundheitspolitik ist der Anfang vom Ende der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung eingeläutet. In der gesetzlichen Pflegeversicherung droht eine ähnliche Entwicklung der Privatisierung und Bedienung der privaten Finanzindustrie. Die Rente mit 67 wird trotz mangelhafter Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die steigende Altersarmut ab 2012 durchgezogen. Die Initiativen der Bundesministerinnen

für Arbeit und Soziales sowie für Familie, Jugend, Frauen und Senioren zur Einführung von Frauenquoten in der Wirtschaft hat die Kanzlerin mit einem Basta beendet. Bei dem „Schaulaufen“ der beiden Bundesministerinnen Kristina Schröder und Ursula von der Leyen vor geladenen Vertretern der DAX Konzerne am 30. März 2011 wurde erneut lediglich auf die seit Jahren unwirksame „Selbstverpflichtung“ gesetzt.

Das vollmundige Credo beider Koalitionspartner – mehr Netto vom Brutto – ist für die große Mehrheit der Bundesbürger in den unteren und mittleren Einkommensbereichen hohles Gerede geblieben. Dafür wird die Umverteilung von unten nach oben mit schwarz-gelber Handschrift ungeniert vorangetrieben. Das Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Die Bundesregierung verzettelt sich in personalpolitischen Querelen zwischen den Koalitionsfraktionen. Sie beschränkt sich darauf, ihre Politik als alternativlos darzustellen. Der Rückgang der schwarz-gelben Regierungskoalition im Ansehen breiter Wählerschichten, und insbesondere die dramatische Abstrafung der Westerwelle-FDP, hat durch den Verlust der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 Ausdruck gefunden. Auch die spektakuläre Wahlniederlage der Regierungspartei CDU am 20. Februar 2011 in der Hansestadt Hamburg – bei welcher Merkels Partei fast die Hälfte ihrer Wähler verlor – setzte den Erosionsprozess der Machtbasis fort. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 26. März haben die verheerenden Folgen der Natur- und Atomkatastrophen in Japan sowie die unglaubliche 180-Grad-Wende in der Atompolitik von Bundeskanzlerin Merkel eine bedeutende Rolle gespielt: Die CDU wurde in Baden-Württemberg – nach 58 Jahren Regierung – abgestraft, ihr Koalitionspartner FDP abgewählt; die FDP flog aus den Landtagen in Rheinland-Pfalz und

Sachsen-Anhalt. Auch die SPD musste in Rheinland Pfalz Federn lassen. Die Partei „Die Linke“ schaffte den Einzug in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht. Demgegenüber erreichte die Partei Bündnis 90/Die Grünen einen spektakulären Zulauf neuer Wähler. In Baden-Württemberg gibt es jetzt die erste grün-rote Regierungskoalition auf Landesebene. In Rheinland-Pfalz wird Kurt Beck (SPD) Ministerpräsident einer rot-grünen Landesregierung. Die schwarz-rote Regierungskoalition wird in Sachsen-Anhalt fortgesetzt. In der politischen Landschaft der Bundesrepublik vollziehen sich gravierende Veränderungen. Umfragen zufolge, die dem Trend der Landtagswahlen 2011 folgen, liegt Angela Merkel mit ihrer schwarz-gelben Regierungskoalition erheblich hinter den Oppositionsparteien. Auch im Bundesrat haben sich die politischen Gewichte weiter zu Lasten der schwarz-gelben Bundesregierung verändert.

Ob sich dies nach der Revolte und den personellen Veränderungen an der FDP-Spitze durch den Übergang des Parteivorsitzes von Guido Westerwelle auf Philipp Rösler ändert, erscheint fraglich. Wenig überzeugend sind auch die personellen Rochaden mit dem durchsichtigen Ziel, Rösler den Sprung vom Gesundheitsministerium in das Bundeswirtschaftsministerium mit der Hoffnung auf höhere Sympathiewerte zu ermöglichen. Dafür musste die glücklose Birgit Homburger den Fraktionsvorsitz der FDP dem vormaligen Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle überlassen, der mit der Niederlegung seines Parteivorsitzes in Rheinland-Pfalz die Konsequenzen für die herbe Wahlniederlage seiner Partei gezogen hatte. Homburger wurde mit dem Stellvertretenden Parteivorsitz „belohnt“. Wenn Rösler als neuer Parteivorsitzender mit dem Credo antritt, die FDP müsse sich mehr an den Menschen orientieren, kann dies von Betroffenen nur als weitere Stufe von Realitätsverlust, Heuchelei und Verdummung der Men-

schen empfunden werden. Rösler steht wie Westerwelle für eine brutale Klientelpolitik. Seine sogenannte Gesundheitsreform bedient vor allem die Wirtschaft, einschließlich derjenigen, die aus dem expandierenden Gesundheitssektor hohe Gewinne ziehen, und verschiebt noch mehr finanzielle Lasten auf die Arbeitnehmer. Unter dem neuen Bundesgesundheitsminister, dem vormaligen Staatssekretär von Philipp Rösler sowie FDP-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, Daniel Bahr, wird diese Lobby-Politik noch verstärkt durchgeführt.

Dass der Wähler dieses wenig überzeugende personelle Stühlerücken an der Spitze der FDP durchschaut, zeigt das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven am 22. Mai 2011. Zum vierten Mal in diesem Mammutwahljahr wurde die FDP aus einem Landesparlament gewählt. Die SPD konnte leicht zulegen und die Grünen haben erstmalig die CDU auf den dritten Rang der Parteien in der Bürgerschaft verwiesen.

Es ist daher Verpflichtung und Chance für die SPD, alternative Konzept – insbesondere in der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik – einzubringen und auch durchzusetzen. Vor allem muss sie ihr Profil in der Sozialpolitik schärfen und dabei auch die gegenseitigen Zusammenhänge und Abhängigkeiten mit der Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik in den Mittelpunkt stellen. Die weiteren Landtagswahlen geben hierzu eine gute Möglichkeit der politischen Profilierung.

Die Entwürfe für das SPD-Programm „Neuer Fortschritt und mehr Demokratie“ sowie für das Arbeitsprogramm der SPD-Bundestagsfraktion „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ enthalten den konzeptionellen Rahmen, der allerdings konkretisiert werden muss.

Gewiss: Die wirtschaftliche Erholung erfolgt schneller und umfassender als ursprünglich erwartet. 2010 wurde ein Wirt-

schaftswachstum von 3,6 Prozent erreicht. In diesem Jahr werden es nach amtlichen Schätzungen immer noch weit über 2 Prozent sein. Auch im nächsten Jahr soll der positive Wachstumstrend anhalten.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2010 auf fast 40,5 Millionen gestiegen und die der Arbeitslosen auf 3,2 Millionen zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürfte die Arbeitslosigkeit die magische Drei-Millionen-Grenze mit knapp über 2,9 Millionen deutlich unterschreiten. Wenn Ex-Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) frohlockte, die Bundesrepublik entwickelte sich wirtschaftlich zum „Musterknaben“, und befände sich auf der „Schnellstraße zur Vollbeschäftigung“, muss das für die etwa sieben Millionen Arbeitnehmer/innen in Niedriglohnssektoren und die ebenfalls etwa sieben Millionen Hartz-IV-Empfänger wie Hohn klingen. Sie befinden sich auf einer anderen Schnellstrasse – der des sozialen Abstiegs.

Und zwar seit einem Jahrzehnt. Die vom Statistischen Bundesamt – zuletzt am 24. Februar 2011 für das 4. Quartal 2010 – veröffentlichten Detailergebnisse der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* erlauben den Einblick in die soziale Verteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik im zweiten Jahrzehnt nach der Einheit. Danach ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am deutschen Volkseinkommen im Schlussquartal des letzten Jahres weiter auf 66 Prozent gefallen. Dieser Anteil erreichte im Jahr 1981 mit 76 Prozent einen Spitzenwert. Hierfür ist eine Erklärung, dass über den ganzen Zeitraum seit dem Jahr 2000 bis zum 4. Quartal 2010 die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer verbraucherpreisbereinigt um 1,7 Prozent gesunken sind. Im Gegensatz dazu expandierten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum – trotz des Einbruchs im Krisenjahr 2008 – um den BIP-Inflator bereinigt um immerhin 37,8 Prozent. Die Absenkung der realen Arbeitseinkommen ist eine seit Jahren in Deutschland zu

beobachtende Entwicklung zum Nachteil breiter Schichten von Arbeitnehmern. Einbrüche bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen erfolgten nur als kurzfristige, krisenbedingte Unterbrechungen der stetigen Expansion.

Wie die EU-Kommission immer wieder bescheinigt, liegt die Bundesrepublik seit Jahren bei der Steigerung der Löhne am unteren Ende im EU-Vergleich. Gleichzeitig haben sich Niedriglohnssektoren, Armut bei Arbeit sowie Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland schneller und stärker ausgebreitet als in anderen vergleichbaren Mitgliedsländern der EU. Dies wurde vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in seinem Gutachten 2010 bestätigt.

Zwar habe sich 2009 die Anzahl der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen – unbefristete Vollzeitbeschäftigung ohne Leiharbeit – gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Gleichzeitig wurden sogenannte atypische Arbeitsverhältnisse in der Krise abgebaut. Am stärksten von Entlassungen betroffen waren Leiharbeiter (- 8,5 Prozent) und befristet Beschäftigte (-3,3 Prozent). Wenig tröstlich für die betroffenen Arbeitnehmer ist der Hinweis des Sachverständigenrates, dass gerade diese atypisch Beschäftigten im Aufschwung am ehesten wieder eingestellt werden – bis zum nächsten Konjunkturerinbruch, ist da sarkastisch anzufügen! So erfolgt etwa die Hälfte aller Neueinstellungen seit der Krise nur noch als befristete Beschäftigung und Leiharbeit. Das Arbeitsvolumen – gemessen an den Arbeitsstunden – stagniert, die Vollzeitarbeit geht zurück und die Teilzeitarbeit nimmt zu – mit einer verheerenden Explosion der 400-Euro-Jobs.

Erst kürzlich hat die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Gerechtigkeitsindex für 31 Mitgliedsländer der Bundesrepublik deutlich ins Stammbuch geschrieben: „Deutschland hat in Sachen sozialer Gerechtigkeit noch einigen Nachholbedarf.“ Danach hat

besonders die Einkommensarmut in den letzten beiden Jahrzehnten „deutlich“ zugenommen. Als „besorgniserregend“ bezeichnet die OECD die Kinderarmut. Während in Deutschland etwa jedes zehnte Kind arm ist, trifft dies in Dänemark lediglich 2,7 Prozent. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zu der großen Gerechtigkeitslücke in Deutschland bei der Bildung. Dramatisch ist ebenso die überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit, wobei die Bundesrepublik auf den vorletzten Platz gerutscht ist. Die Ungerechtigkeiten bei der Einkommensverteilung haben in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten „so stark zugenommen wie in kaum einem anderen OECD-Mitgliedsland.“ (Soziale Gerechtigkeit in der OECD – wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011, S. 6 f.).

Für die Gesellschaft insgesamt setzt sich trotz unerwartet guter konjunktureller Erholung die soziale Spaltung fort. Dabei nimmt die Zahl der Menschen am unteren Ende der sozialen Skala dramatisch zu. Auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft schrumpft – leider nicht durch sozialen Aufstieg, sondern durch Abstieg nach unten. Die regierungsamtliche Bejubelung der wirtschaftlichen Erholung wird kaum dazu beitragen, die zunehmenden Ängste in der Mitte der Bevölkerung vor dem eigenen und/oder dem sozialen Abstieg ihrer Kinder und Enkel zu verringern.

Erforderlich ist ein *erneuter Paradigmenwechsel in der Politik*: zu existenzsichernden Mindestlöhnen, Zukunftsfähigkeit der solidarischen Sozialversicherungssysteme auf breiter Basis, gerechter Verteilung der Steuern, Ausbau der sozialen Infrastruktur bei Betreuung, Erziehung, Bildung sowie ökologischer und sozialer Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft, Beseitigung von Diskriminierungen aller Art.

Die nachfolgenden Kapitel sollen aufzeigen: Diese Politik der sozialen Spaltung ist gefährlich und keinesfalls „altern-

tivos“. Es gibt wirksame Gegenkonzepte und Möglichkeiten ihrer politischen Durchsetzung. Dabei geht es zunächst um die Schaffung *fairer Arbeit* – ein wesentliches Konzept von SPD und DGB – in Abgrenzung vom CDU/CSU/FDP-Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

Vielmehr muss die Zielsetzung sein: Wirtschafts- und sozialpolitisch unerlässlich ist die Schaffung fairer Arbeit. Dies bedeutet: Arbeitnehmer sind als Menschen mit vielfältigen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen zu berücksichtigen und nicht nur als Arbeitskräfte, Produktions- und Kostenfaktoren.

Erforderlich ist mithin die Rückbesinnung auf das Konzept der „Humanisierung der Arbeit“ aus der Reformphase unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt Anfang der 1970er-Jahre. Dies ist weiterzuentwickeln – für das 21. Jahrhundert unter den veränderten Rahmenbedingungen: fortschreitende Globalisierung, europäische Integration, Entkoppelung der Finanz- von der Realwirtschaft, demografische Veränderungen in Deutschland und der EU (Rückgang der Bevölkerung sowie Zunahme der älteren Menschen), technische, organisatorische und digitale Fortentwicklung.

Wie uns die fortschreitenden Spaltungen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 mit aller Härte und Deutlichkeit vor Augen führen: Es geht um die „Wiederbelebung“ des Sozialen in der Marktwirtschaft – mithin die Rückbesinnung auf diesen Kernauftrag in unserem Grundgesetz. Die falschen finanz-, wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Weichen, insbesondere der amtierenden schwarz-gelben Koalition unter Angela Merkel und Guido Westerwelle, müssen dringend umgestellt werden. Dies soll in folgenden Themenschwerpunkten vertieft werden:

(1) An der Bewältigung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise haben die Tarifparteien einen wichtigen Anteil. Dies darf

nicht durch die unsoziale Kürzungspolitik der Bundesregierung gefährdet werden.

(2) Der wirtschaftliche Aufschwung und die Verbesserung der Beschäftigung kommen bei vielen Arbeitnehmern nicht an. Vielmehr nehmen Niedriglohnssektoren, Arbeitslosigkeit und Armut zu. Die Ausdehnung der Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung muss eingegrenzt werden. Notwendig dazu sind vor allem tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne sowie gesetzliche Korrekturen von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung, geringfügiger Beschäftigung.

(3) Die Arbeitsmarktpolitik und insbesondere Hartz IV sind nach den diesbezüglichen zweifachen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes nachhaltig zu reformieren. Verlangt wird die verfassungsfeste Reform der bisherigen Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien (Bedarfsgemeinschaften) (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember 2009) sowie die Neufestsetzung der Regelsätze bei der Grundversicherung in Hartz IV – insbesondere für Kinder (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010). Die bisherigen Reformen enthalten genügend politischen Sprengstoff, so dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit wieder vor dem Bundesverfassungsgericht landen.

(4) Die Zukunft der Tarifautonomie als einem wesentlichen Eckpfeiler unseres Grundgesetzes und Sozialstaates muss gewährleistet bleiben.

Zu dem Konzept der guten Arbeit gehört die *Zukunftsfähigkeit von Sozialstaat und sozialer Sicherung*. Gerade in der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise haben sich die Systeme der gesetzlichen umlagefinanzierten sozialen Sicherung als Ausgleich sozialer Risiken in verschiedenen Lebenslagen der Bürger und beim antizyklischen Einsatz zur Bekämpfung von Wirtschaftseinbruch und Beschäftigung bewährt.

Auch in Zukunft müssen ihre tragenden Prinzipien erhalten werden. Dazu gehören: die hälftige Beteiligung der Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen und der solidarische Ausgleich zwischen Arbeitnehmern mit verschiedenen Einkommensniveaus.

Entscheidend ist die weitere gleichgewichtige Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung und Gestaltung dieser sozialen Sicherungssysteme: Sie haben ihren Beitrag durch die Humanisierung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation sowie den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zur Gesunderhaltung wie alters- und altersgerechten Gestaltung der Arbeit zu leisten. Ebenso müssen die Arbeitgeber bei der Begrenzung unnötiger Ausgaben vor allem in der gesetzlichen Krankenversicherung aktiv mitwirken und über ihre hälftigen Beiträge dazu auch die entsprechenden finanziellen Anreize haben.

Auch hier geht die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung in die umgekehrte Richtung, entlässt die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Ausgaben und beginnt die solidarischen Beiträge durch unsoziale Kopfpauschalen zu ersetzen. Ähnliches ist für die gesetzliche Pflegeversicherung bereits angekündigt.

Zu verhindern ist weiterhin das „Schüren des Generationenkonfliktes“ sowie die Drohung millionenfacher Altersarmut in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die verschiedenen Kürzungsmaßnahmen sowie die Erosion des Arbeitsmarktes und damit auch der Beitragseinnahmen und der Rentenleistungen.

Erforderlich ist gerade vor dem Hintergrund des hohen Risikos der kapitalgedeckten zusätzlichen Altersversorgung die Sicherstellung eines existenzsichernden Niveaus der gesetzlichen Altersrenten. Nur dann kann die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung für ein solidarisches Umlagesystem bei der

Altersrente aufrecht erhalten werden. Bei kapitalgedeckter zusätzlicher Altersvorsorge ist den tariflichen und betrieblichen Systemen Vorrang einzuräumen.

Die Ausgleichsleistungen für die vom Arbeitsmarkt oder sonstigen Formen der Beitragsfreiheit resultierenden Ausfälle in der gesetzlichen Rentenversicherung sind über Bundessteuern auszugleichen. Die Bundesregierung hat mit der Streichung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose den umgekehrten Weg eingeschlagen. Leidtragende sind vor allem die Arbeitnehmer als Beitragszahler sowie die betroffenen Menschen durch die Reduzierung ihrer Rentenleistungen.

Natürlich müssen die demografischen Veränderungen sowie die Globalisierung, die europäische Integration und die technischen Veränderungen auch bei den sozialen Sicherungssystemen berücksichtigt werden. Hierbei geht es um eine ständige Balance zwischen den Beiträgen der aktiv Beschäftigten einerseits und den Sozialleistungen für die betroffenen Menschen bei Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit, Unfällen sowie im Alter und bei Erwerbsminderung andererseits.

Dies ist jedoch keine neue Erkenntnis, sondern wird in den Systemen der sozialen Sicherung von den dort in den „Selbstverwaltungen“ vertretenen Sozialparteien – Arbeitgebern und Gewerkschaften – seit Jahrzehnten mit Augenmaß betrieben. Die größte Gefährdung der sozialen Sicherung ist jedoch die ständige Abwälzung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, die über Steuern finanziert werden müssten. Dazu gehören in erster Linie die inzwischen kumuliert hunderte von Milliarden Euro schweren Belastungen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung im Zuge der Fehlfinanzierung der Deutschen Einheit – ebenso wie die hohen Folgekosten der jahrzehntelangen Politik der Frühverrentung und die immer größer werdenden Beitragslöcher durch fehlgeschlagene Ar-

beitsmarkt- und Sozialreformen. Diese wirtschaftlich und sozial gefährliche Politik der Verschiebepolitik zu Lasten der Sozialversicherungssysteme wird von der schwarz-gelben Koalition mit System vorangetrieben und muss dringend gestoppt werden.